



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 M. Postzeitungsnummer 296. Inseratensgebühr für die Pettzettel 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redakteur: A. Zahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 26

Charlottenburg, den 26. Juni 1908

30. Jahrg.

**Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassirern Streikmarken!**

### Die Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln.

Ein Zwiegespräch zwischen einem Arbeiter und einem Unternehmer.

Von Brutus.

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten werden.“ In diesen Worten des sozialdemokratischen Parteiprogramms wird das Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse klar dargelegt. Der Arbeiter ist ein besitzloser Proletarier, dessen einzige Habe seine Arbeitskraft ist, der Kapitalist dagegen ist glücklicher Besitzer aller Produktionsmittel, die er aber selbst nicht benutzen kann. Er kauft deshalb die nötigen Arbeitskräfte gegen einen bestimmten Lohn, beansprucht dagegen die durch die Vermischung der Produktionsmittel mit der lebendigen Arbeitskraft erzeugten Produkte als sein alleiniges Eigentum. Dies Verhältnis ist kein von der Natur oder von einem Herrgott eingerichtetes, es ist ebensowenig ein allen Zeiten gemeinsames, sondern es ist das Resultat einer langen, wirtschaftlichen Entwicklung, das Produkt vieler sozialen Umwälzungen, woraus hervorgeht, daß sich dies Verhältnis in der Zukunft ebenfalls wieder ändern wird.

Unter Arbeitskraft oder Arbeitsvermögen verstehen wir den Inbegriff der körperlichen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen, existieren, und die er in Bewegung setzt, so oft er Gebrauchswerke irgend einer Art produziert. Produktionsmittel nennen wir alle diejenigen Dinge: Rohmaterialien, Hilfsstoffe und Arbeitsinstrumente, die notwendig sind, damit eine beliebige Arbeitskraft in Arbeit umgewandelt werden kann. Diese

beiden Produktionsfaktoren sind im Arbeitsvorgange aufeinander angewiesen, durch die kapitalistische Form der heutigen Produktionsweise sind sie aber von einander getrennt.

Zwischen Arbeitskraft und Produktionsmitteln besteht ein ganz augenfälliger, bedeutender Unterschied. Die Arbeitskraft ist nämlich mit einer Person, mit ihrem Besitzer, untrennbar verknüpft, die Produktionsmittel dagegen sind als Sachen von ihrem Besitzer getrennt. Man kann sich wohl Produktionsmittel ohne einen privaten Eigentümer denken, da sie ohne eine Person existieren können. Arbeitskraft sich zu denken ohne einen Menschen, in dessen Leiblichkeit sie wohnt, ist ein Unding. Dieser Unterschied ist von der größten Wichtigkeit, wir werden am Schlusse unserer Untersuchung darauf zurückkommen.

Die Produktion selbst geht in der heutigen Zeit folgendermaßen vor sich. Der Kapitalist kauft auf dem Warenmarkte die nötigen Produktionsmittel und auf dem Arbeitsmarkte die nötigen qualifizierten Arbeitskräfte. Er läßt nun produzieren und bringt die Produkte auf den Markt; den erzielten Ueberschuß, den sogenannten Mehrwerth, steckt er in seine Tasche. Das war auch seine Absicht, lediglich aus diesem Grunde hat er sich mit der Produktion befaßt. Der Kapitalist giebt dem besitzlosen Proletarier die Möglichkeit, seine Arbeitskraft zu verwenden und aus Dank für diese Gnade muß der Arbeiter längere Zeit arbeiten, als nötig ist, um den erhaltenen Lohn zu ersetzen. Den durch diese unbezahlte Mehrarbeit erzielten Ueberschuß beansprucht der Kapitalist für sich.

Mit welchem Rechte thut er dies, wie läßt sich das kapitalistische Recht auf Ausbeutung begründen? Das ist die Frage, um die sich die heutige Gesellschaftsordnung dreht.

Der Kapitalist läßt sich mit seinem Arbeiter in ein Gespräch ein und entwickelt zu-

nächst folgenden Gedankengang: „Wenn ich nichts bei der Produktion verdienen soll, mein lieber Mann, so wäre es ja ein Unsinn, mich damit zu befassen. Ich kaufe dann die Waren, die ich gebrauche, lieber fertig auf dem Markte. Und dir fehlt die Arbeitsgelegenheit.“

„Gut, mein Freund, thue das, kaufe deine Waren fertig auf dem Markte! Wenn aber alle deine Kollegen, wenn sämtliche Kapitalisten das thun wollten, woher wollt ihr dann die Waren nehmen? Ihr müßt dann euer eigenes Geld essen, und das könnt ihr nicht. Produziert muß also werden, und wenn du es nicht thust, so thut es eben ein Anderer. Wo bleibt also dein Verdienst um die Arbeiterklasse?“

Jetzt legt der Kapitalist die Sache auf einen andern Karren, verdreht die Augen, zieht sein Gesicht in fromme Falten und spricht: „Aber bedenke doch meine Enthaltensamkeit und Entsagung. Ich hätte mein Geld verjubeln und verprassen können, statt dessen habe ich es zusammengehalten und in der Produktion angelegt. Soll meine Tugend denn unbelohnt bleiben?“

„Die Tugend ist der Tugend Lohn!“ entgegnet der Arbeiter mit Würde. „So lehren es uns die von dir engagierten Philosophen und Pastoren tagtäglich. Man soll das Gute um des Guten willen thun, das ist doch auch euer Moralgrundsatz. Höchstenfalls hast du Anspruch auf eine Belohnung im bessern Jenseits. Was willst du also? Hättest du dein Geld in Austern, Seife und Weibern angelegt, so wärest du jetzt im Besitze von Gewissensbissen, anstatt von Waren. Dein gutes Gewissen sei dein Lohn... Aber noch eins, mein frommer Herr, ganz im Vertrauen! Glaubst du wirklich, du könntest uns weismachen, daß du Entsagung übst und Entbehrung leidest, so daß du auf einen Entbehrungslohn Anspruch hast? Du und deine Kollegen, die Krupps und Stumms und wie sie alle

heissen mögen, ihr leidet wahrlich keine Noth, ihr lebt herrlich und in Freuden, ihr lebt hundertmal besser als eure Arbeiter und ihr werdet immer reicher. Dein Gerede von Enthaltensamkeit ist weiter nichts, als ein auf die Dummheit der Arbeiter berechnetes Sand-in-die-Augen-streuen; bei einem vernünftigen Arbeiter zieht es nicht mehr. Also her mit andern, bessern Gründen!

Jetzt wird unser Freund kleinlaut und nimmt eine anspruchslose Haltung an. „Habe ich nicht selbst gearbeitet und kalkulirt, habe ich nicht die Arbeit angeordnet, überwacht, beaufsichtigt? Ich bin doch auch ein Arbeiter. Soll diese Arbeit nicht gelohnt werden?“

Selbstverständlich soll deine Arbeit entlohnt werden, denn jede Arbeit ist ihres Lohnes werth. Hast du selbst im Produktionsprozess mitgearbeitet, so sollst du dafür bezahlt werden, wie jeder andere Leiter, Aufseher u. c. Aber mit der Entlohnung dieser Leute bist du nicht zufrieden, du verlangst mehr. Und wenn du zufälligerweise Aktionär einer Gesellschaft bist und deine ganze „Arbeit“ sich auf das Kuponsabschneiden beschränkt, was dann? Wie willst du in diesem Falle das Einsäckeln des Profits rechtfertigen? Du arbeitest nicht mit, du entbehrst auch nicht, du mußt also zugeben, daß deine bisherigen Gründe sehr windig sind.“

Wieder verändert der Kapitalist seine Haltung. Er wird trotzig und stellt sich auf die Hinterbeine. „Gebe ich nicht dem Arbeiter Gelegenheit, daß er arbeiten kann? Verschaffe ich ihm nicht Rohmaterial und Werkzeuge, errichte ich nicht für ihn Werkstätten und Fabriken, Sorge ich nicht für Beleuchtung und Heizung. Hierdurch erweise ich ihm unstreitig einen großen Dienst, denn ohne mich könnte solch ein Habenichtes garnichts anfangen. Und soll ich mich für diesen Dienst nicht bezahlen lassen?“

Gemach, nur gemacht, mein Lieber, wir wollen diesem „Dienste“ mal auf den Zahn fühlen. Nehmen wir an, du seiest Besitzer einer Spinnerei; du hast Baumwolle gekauft, Spindeln angeschafft u. s. w. Nun stellst du Spinner ein, die diese Baumwolle in Garn verwandeln sollen, du gibst einem Arbeit, du nimmst sie, wie man sagt, in Lohn und Brod. Du leistest ihnen unstreitig hierdurch einen Dienst. Aber — Hand aufs Herz! — erweisen dir deine Arbeiter nicht ebenfalls einen großen Dienst, indem sie deine Baumwolle in Garn verspinnen? Wenn sie dies nicht thäten, so würde deine Baumwolle verderben, deine Fabrik verfallen, die Spindeln verrotten, deine Maschine unbrauchbar werden. Versuche es nur einmal, und laß den ganzen Kram auch nur ein einziges Jahr unbenutzt liegen, so wirst du merken, welch großen Dienst dir deine Arbeiter erwiesen haben. Und wie wird ihnen der Dienst gelohnt? Nur das nackte Leben können sie fristen, während sie in harter Frohndesklaven, du aber lebst herrlich und in Freuden. Dein Dienst ist somit viel einträglicher als der ihrige. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Wo bleibt das Recht?“

„Was scheert mich das Recht?“ braust er auf, da er merkt, daß er in die Enge getrieben wird, „Was kümmert mich die Gerechtigkeit und sonstiger Phrasenkram? Ich habe die Macht und benutze die Macht und damit basta! Wem es nicht paßt, bei mir zu arbeiten, der mag es bleiben lassen. Ich kann ja genug Arbeiter bekommen!“

Ganz recht mein Freund, dahin wollte ich dich nur haben. Es ist so, wie du sagst,

dein angebliches Recht auf Ausbeutung, das dir unsere vielgepriesene göttliche Weltordnung verleiht, ist weiter nichts, als die brutale Macht des Stärkeren.“

Noch einmal wird der Gereizte zudringlich. „So wollt ihr ohne Kapital produzieren, ihr Habenichtse.“ höhnt er. „Möge euch dieser Versuch wohl bekommen! Ohne uns Kapitalisten seid ihr nichts und wenn wir einmal, dem Rathe unseres großen Bismarcks folgend, anfangen zu streifen, dann seid ihr fertig mit eurer Weisheit und könnt die Bude zumachen.“

Jetzt müssen wir laut auflachen. „Du bringst uns gerade auf das richtige Thema. So höre also unsere Antwort. Wenn wir glaubten, wir könnten ohne Produktionsmittel, d. h. ohne Rohmaterialien, Hilfsstoffe und Arbeitsmittel Gebrauchsgegenstände erzeugen, so müßten wir allerdings komplett verrückt sein. Das sind wir aber zum Glück noch lange nicht. Wir wissen, daß wir alles das, was wir heutigen Tages Kapital nennen, auch in einer zukünftigen, auf sozialistischen Prinzipien beruhenden Gesellschaft nicht entbehren können. Aber was wir dann ganz gut entbehren können, das seid ihr, die Kapitalisten. Du und deine Kollegen, ihr seid ganz überflüssige, ja noch mehr, ihr seid höchst schädliche Personen.“

Ganz anders liegt aber die Sache mit uns, den Arbeitern. Wir sind als Personen jetzt und für alle Zeiten unentbehrlich; denn unsere Arbeitskraft, die in Arbeit umgesetzt, alles erzeugt, was das Leben gut und schön und angenehm macht, läßt sich von unserer Leiblichkeit nicht trennen. Ihr dagegen seid als Personen voll und ganz überflüssig. Ebensogut wie es Zeiten gegeben hat, in denen es keine Kapitalisten gab, ebenso werdet ihr auch später nicht mehr sein. Was euch bis heute notwendig erscheinen läßt, das seid nicht ihr selbst, das ist vielmehr euer Eigenthum, etwas von eurer Person Trennbares und Getrenntes. Darum wollen wir euren Besitz, nämlich die Produktionsmittel, erhalten und ins Gemeineigenthum überführen, euch selbst aber wollen wir beseitigen, d. h. in arbeitende, produktiv thätige Menschen umwandeln. Oder richtiger gesagt, ihr werdet ganz von selbst von der Bildfläche verschwinden, weil dann eure Existenzberechtigung geschwunden ist. Eine Klasse, wie die eurige, die keine Existenzberechtigung mehr hat, der der Boden unter den Füßen weggezogen worden ist, sodas sie mit ihren Ansprüchen und Privilegien in der Luft schwebt, eine solche dem Untergange geweihte Klasse, hält sich nur noch eine gewisse Zeit lang durch Anwendung künstlicher Mittel über Wasser, dann aber versinkt sie unrettbar und auf Nimmerwiedersehen im rauschenden Strom der Zeiten. Die von einer versinkenden Klasse angewandten Mittel sind stets gewaltsamer Art und werden mit brutaler Rücksichtslosigkeit in Bewegung gesetzt, aber sie versagen zuletzt und schneiden ihre Anwender ins eigene Fleisch. Bajonette sind zu vielen Dingen nütze, hat einmal ein weiser Mann gesagt, aber man kann sich nicht darauf stützen und setzen. . . . Du siehst also, mein Freund, ihr seid unrettbar verloren, der herandrängende Sozialismus läßt euch noch eine Galgenfrist und dann ade, du schöne Welt des Kapitalismus!“

In der That hat der Arbeiter, der sein sozialistisches Programm studirt hat, vollständig Recht: das kapitalistische System trägt den Todeskeim in sich. Es war zur Zeit seiner Entstehung ein Fortschritt gegenüber dem mittelalterlichen Feudalismus, heute ist es zu einem Hemmschuh der Entwicklung ge-

worden. Die sozialistische Kritik hat den Kapitalismus gründlich untersucht und ihm den Todenschein ausgestellt. Trotz aller krampfhaften Anstrengungen nahet sein Ende. Die Anhänger und Vertheidiger der heutigen kapitalistischen Produktionsweise kämpfen ohne Begeisterung, ohne Hoffnung, ohne Aussicht auf einen Sieg. Sie kommen uns vor wie jene altrömischen Gladiatoren, die da den Kampfplatz betreten mit dem Rufe: „Mortua te salutant Caesar“ — die da sterben müssen, grüßen Dich, o Caesar! Die Bekämpfer des Sozialismus ziehen unter dem Feldgeschrei: „die dem Untergange Geweihten grüßen Dich, o Sozialismus!“ in den Kampf. Wir Sozialisten aber ziehen in den Kampf mit dem sichern Bewußtsein, daß uns die Zukunft gehört.

## Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

### Sperrten.

Die **Wollsperrte** besteht über Tillowik und Firma Albersweiler, Arneburg, Freienorla, Tettau (Sonntag u. Söhne).

### Halbsperrten:

Alexandrinenthal (Fa. Recknagel), Althaldensleben (außer W. Gerick C. Schulz, Bauernmeister), Bonn (Mehlem), Frankfurt a. Oder (Baetsch), Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert u. Menz), Kamenz i. S. (Vogt), Königszell, Kranichfeld, Kronach (Bauer u. Rosenthal), Lützenau (Abicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Dessau, Passau, Roschütz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadlengsfeld, Stanowitz, Suhl, Triptis, Ueden-dorf.

Der Vorstandsvorsitz.

### Aufforderung.

Gemäß § 34, Abs. 4 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen Einsendung der Abschlüsse u. Gelder pro I. Quartal 1903** aufgefordert:

Coburg, Döbeln, Hohenberg, Lauf, Schwelm, Wunsiedel.

Gleichzeitig mache ich die Zahlstellencassirer und Revisoren darauf aufmerksam, daß auch, gemäß §§ 5, 6 und 7 der Kassenordnung, vierteljährlich je ein Abschluß für Bildungs-, 8 pCt.- und Streifond einzusenden ist, ferner daß über **alle Ausgaben** den Abschlüssen die **Quittungen** beizulegen sind. Ausgaben, worüber Quittungen nicht beigelegt sind, werden nicht anerkannt.

W. Herden, Verbandskassirer.

### Aufforderung.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung in Nr. 2 der Ameise d. J. werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen Einsendung der Verdienstlisten** aufgefordert:

**Strischberg, Neustadt, Schmiedefeld, Suhl.**

W. Herden, Verbandskassirer.

Die Verwaltungen werden ersucht, die anlässlich der Aussperrung in Tettau zur Versendung gelangenden Flugblätter möglichst unter den unorganisirten Berufsgenossen zu verbreiten. Den Verbandsmitgliedern sind die Vorgänge durch die „Ameise“ bereits bekannt. J. Schneider.

## In eigener Sache.

Unter „Bekanntmachungen des Vorstandes“ (siehe die Nr. d. „N.“ 22 u. 23) haben die Verbandsgenossen gelesen, daß ich meine Stellung als Redakteur der „N.“ gekündigt habe.

Es sind mir nun nach Erscheinen dieser beiden Nummern eine Anzahl Zuschriften zugegangen, nach denen man sich über diesen meinen Schritt wundert und um nähere Aufklärung ersucht. „Eine andere kollegiale und gewerkschaftliche Auffassung als die übrigen Verbandsbeamten und der Vorstand und sich daran anschließende scharfe Auseinandersetzungen“ wird als die Veranlassung meiner Kündigung bezeichnet und es stützt sich der Vorstand in diesem kurzen Satze auf die Protokolle der betreffenden Vorstandssitzungen. Die Veröffentlichung derselben ist vom Vorstand aus diversen Gründen vertagt worden, mir selbst kann dies recht sein, denn schon dieser heutige Schriftsatz wird mir, der ich nicht egoistisch genug bin, um wegen meiner Person viel Druckerschwärze zu verbrauchen, sehr sauer, und am liebsten hätte ich auf jedwede Veröffentlichung verzichtet und wäre bescheiden wieder zu meinem erlernten Beruf zurückgekehrt.

Ich sehe aber ein, daß das Verlangen der betr. Genossen berechtigt und daß von meiner Seite einige Aufklärung nötig ist; in knapper, keineswegs erschöpfender Weise will ich diese zu geben versuchen und möglichst vermeiden, was den Verbandsbeamten, bezw. dem Vorstande Veranlassung geben könnte, seinerseits zur „Abwehr“ greifen zu müssen.

Nach der vorjährigen Generalversammlung nahmen diverse Zahlstellen Veranlassung, an gefassten Generalversammlungs-Beschlüssen Kritik zu üben, was, meiner Ansicht nach, ihr gutes Recht ist. Nur kann man über die Form einer Kritik verschiedener Auffassung sein und ich veröffentlichte in Nr. 24 der „N.“ (Jahrg. 1902) einen Artikel: „Zur Kritik über Generalversammlungs-Beschlüsse“ in welchem ich bezüglich der Form der Kritik meine persönliche Stellung präzisirte. Es dürfte den Mitgliedern, die wirkliches Interesse an den Vorkommnissen im Verband nehmen (und ein solches ist ja auch meine Demission zu außergewöhnlicher Zeit) zu empfehlen sein, die Nummern der „N.“ nach der vorjährigen Generalversammlung hervorzusuchen und durchzulesen, insbesondere den oben bezeichneten Artikel von mir.

Die Zahlstelle Fürstenberg a. d. Weser kritisirte besonders jenen Generalversammlungs-Beschluß, wonach den Verbandsbeamten der ganze Beitrag für die zu errichtende Unterstützungseinrichtung für Gewerkschaftsbeamte zu zahlen sei und mit Fürstenberg beschäftigte ich mich auch besonders in dem fraglichen Artikel. Auf diesen Artikel in Nr. 24. der „N.“ ging von der Zahlstelle F. nun eine energischere Entgegnung zur Veröffentlichung ein, die in dieser Form zu unterdrücken, oder doch abzuschwächen, ich im Interesse der Allgemeinheit für nötig hielt. Ich bin von jeher gewöhnt und ich berufe mich dabei auch auf meine Thätigkeit als Verbandschriftführer, meine in den Jahren seit 1892 geführte Korrespondenz mit den Zahlstellen, da, wo ich im Interesse der Organisation eine Zahlstelle bewegen wollte ihre Ansicht zu ändern, sie „uzustimmen“, ich dies durch eine gemüthliche, oft auch lebenswürdige Art und Weise that; der Maxime: „einer Zahlstelle, die stänkert, gehört eine auf's Maul“, huldigte ich jedenfalls nicht ohne Weiteres.

Auch Fürstenberg a. W. gegenüber blieb ich gemüthlich, aber in dem betr. Schreiben, nach dessen Erhalt die Fürstenberger Genossen tatsächlich meinem Wunsche auf Nichtveröffentlichung ihrer Entgegnung in der vorliegenden Form in dankenswerther Weise nachkamen, waren einige Sätze enthalten, die die übrigen Verbandsbeamten, als gegen kollegialen und gewerkschaftlichen Charakter verstößend, veranlaßten, die Sache zu einer „Staatsaktion“ zu machen. So besonders war es der Satz, worin ich den Fürstenbergern sagte, die Unterstützungseinrichtung sei ja noch keinesfalls vorhanden, der Gewerkschaftskongress in Stuttgart habe die Errichtung noch einige Zeit hinausgeschoben und habe den Gewerkschaften zur Pflicht gemacht, die Hälfte der Beiträge zu zahlen, ich würde der Erste sein, der auch damit zufrieden und dankbar sei. Es käme mir nach den Kritiken so vor, daß doch wohl eine Mitgliederabstimmung über die Frage zu Stande kommen würde, dann brauchte es aber vorher keine weitere Polemik zwischen Fürstenberg und mir. In Bezug auf die Form meines Artikels und die gegen Fürstenberg gerichteten Sätze bemerkte ich auch, daß, wenn die Bureaubeamten öffentlich geschrieben hätten, dies wohl ungleich drastischer ausgefallen wäre. Auch dieser Satz gab Anlaß zur Erregung, ob mit Grund, mögen die Mitglieder aus den Veröffentlichungen von jener Seite gegen Zahlstellen in den letzten Nummern der „N.“ entnehmen. In der betreffenden Vorstandssitzung (Oktober 1902) gab ich aber, nachdem sich nach der verlangten Vorlegung der Kopie meines an die Fürstenberger gerichteten Briefes eine große Erregung bei den Verbandsbeamten kundgab, ausdrücklich zu, daß ich am Ende besser gethan hätte, den oder die Sätze in meinem Beschwichtigungs Schreiben an die Fürstenberger weggelassen zu haben. Ein Mehr konnte ich doch nicht thun, und auch die beschlossene Mißbilligungsresolution des — Vorstandes hätte ich noch hingenommen, ohne an eine Aufgabe meiner Stellung zu denken. Der Vorstandsvorsitzende sprach mir aber neben Anderem rundweg jeden gewerkschaftlichen Charakter ab und darauf allerdings mußte ich wohl zu der Ansicht kommen und sprach dies aus, daß nach solcher Beschuldigung ich nicht länger mehr Leiter eines Gewerkschaftsblattes sein könne; ich trug mich mit dem Gedanken bereits am 1. Januar 1903 meine Stellung zu kündigen.

Anläßlich der Beerdigung eines Parteigenossen am 1. Weihnachtstage kam ich mit einem Charlottenburger Verbandsgenossen auf diese Abgangsgedanken zu sprechen.

Die Zeit lindert so manches, so auch hatte ich mich wieder ziemlich beruhigt und dachte schon nicht mehr allzu ernst an meinen freiwilligen Abgang, trotzdem ich von den Bureaubeamten nach eigenen Worten isolirt gestellt war, wodurch sich auch manches bezüglich meiner Thätigkeit als Redakteur in letzter Zeit erklären läßt.

Derselbe Charlottenburger Genosse, mit dem ich zu Weihnachten gesprochen, kam nach dieser Zeit eines Mittags in das Bureau, weil daselbst Niemand anwesend, zu mir in mein Zimmer und sprach seine Bewunderung aus, daß Niemand im Bureau anwesend sei. Der Verbandskassirer (zu dem der Genosse wollte und der, wie auch die übrigen Beamten, im selben Hause wo das Bureau sich befindet, wohnt) war zum Mittagstisch, was ich ihm mittheilte; es soll da von mir nun „durch die Blume“ zu verstehen gegeben worden sein, daß die Arbeitszeit nicht eingehalten würde, auch in Moabit sollte von

anderer Seite schon darüber gesprochen worden sein, kurz, der Vorstandsvorsitzende oder die Bureaubeamten überhaupt, erfuhren von diesem Gerücht. In Verbindung mit dem Verbrechen, etwas über meinerseits beabsichtigte Kündigung (zu Weihnachten) außerhalb des Vorstandes gesagt zu haben, gab nun diese neueste vermuthete Sünde von mir. Veranlassung, zunächst in der Zahlstelle Charlottenburg eine Voruntersuchung, dann aber in der Vorstandssitzung ein hochnothpeinliches Hauptverfahren zu eröffnen, dessen Resultat allerdings in der Sache unbedeutend genug war.

Es gab aber dem Vorstandsvorsitzenden Veranlassung, diese beiden „Vorkommnisse“ mit meiner Thätigkeit als Redakteur, als Verbandsbeamter im Allgemeinen zu verbinden und unter Zustimmung des Vorstandes, (einschließlich des Hilfsbeamten Tobias) mich in seiner, vielleicht auch dem und jenem auswärtigen Genossen bekannten „temperamentvollen“ Art zu schildern, daß allerdings ich wohl oder übel gezwungen war, zu kündigen, so schwerwiegend auch dieser Entschluß für mich war und dessen Folgen ich heute noch nicht absehen kann.

„Ich dulde ihn nur noch“ diese Worte einigemal hervorgerufen, dann aber das ach, so gefühlvolle: „nur mit Rücksicht auf seine Familie habe ich bisher z. z.“ waren die Ausgangssätze seiner Ausführungen.

Wenn ich aber erst von dem geistigen Leiter der Organisation, trotz meiner im vorigen Jahre einstimmig erfolgten Wiederwahl in letzter Generalversammlung, nur geduldet werden, nebenbei aber meine Familie quasi auf die Gnade desselben angewiesen sein soll, nun Verbandsgenossen, da ziehe ich denn doch vor tabula rasa zu machen und von der Bildfläche zu verschwinden, wo ich glaube den Anforderungen der Mitglieder viele Jahre gerecht geworden zu sein.

Als „Uebermensch“ habe ich mich nie betrachtet, nichtsdestoweniger aber will ich doch nicht nur geduldet sein. Jedenfalls werden nach vorstehender kurzer Aufklärung und Antwort auf ergangene Fragen, wenige Verbandsmitglieder sich mehr wundern über den von mir gethanen Schritt; sie werden auch verstehen, wenn ich nicht die nächste Generalversammlung abwarten würde, ich da doch wieder um zwei Jahre älter und durch die „Dulbung“ bedeutend abgenutzt, zur Ausübung meines erlernten Berufes sein, mit dem mich und meine Familie zu ernähren, ich nun, nach ca. 11 jähriger Thätigkeit als Verbandsbeamter gezwungen bin.

R. Jahn.

Vorstehende Darlegungen des Redakteurs sind sehr geeignet, die Mitglieder zu falschen Schlüssen zu führen und bedürfen daher der Berichtigung und Ergänzung, die sich im Wesentlichen aus den Protokollen derjenigen Sitzungen, welche sich mit Jahn mehr und unliebsamer als wünschenswerth beschäftigten, ergeben werden, da nun die Veröffentlichung der Protokolle durch das Verhalten Jahns unbedingt nötig geworden ist. Den Protokollen müssen wir jedoch Einiges vorausschicken, was zum Theil aus diesen nicht erstlich, zum besseren Verständniß der Thatsachen, insbesondere von Ursachen und Beginn der Differenzen aber nothwendig ist. Eine persönliche Stellungnahme der Bureaubeamten zu der „Aufklärung“ Jahns wie zur ganzen Angelegenheit unterbleibt im Einverständniß mit dem Vorstand so lange, bis diesen Beamten dazu seine Zustimmung giebt oder sie direkt dazu auffordert. —

Der Erklärung des Redakteurs soll jedenfalls entnommen werden, daß er dieselbe nur zögernd und ungern, einem gewissen Zwange folgend, veröffentlichte. Nur zwei Zahlstellen, Bueckau und Wunsiedel haben bei ihm nach den näheren Umständen, welche ihn zu künftigen veranlassen, angefragt, außerdem einzelne Mitglieder, deren Anfrage der Redakteur ausdrücklich als rein private bezeichnete. Trotz dieses nicht geraden großen Druckes hatte der Redakteur es mit der Veröffentlichung so eilig, daß er ein derselben vorläufig entgegenstehendes Uebereinkommen mit dem Vorstand brach, indem er seinen Schriftsatz heimlich in die „Ameise“ zu lancieren suchte, früher, ja nicht etwa nur gleichzeitig mit den Vorstandsprotokollen vor die Öffentlichkeit zu treten. Schon daraus erhellt, daß die Absicht Jahns eine andere sein muß als die, nur den drängenden Fragern Aufklärung zu geben.

Wenn Jahn nach Fürstenberg schrieb, der Gewerkschaftskongreß habe den Organisationen zur Pflicht gemacht, die Hälfte der Beiträge zu zahlen, so ist das schon nicht ganz richtig, was Jahn als Redakteur und Besitzer eines Kongreßprotokolls wissen mußte. Das Protokoll sagt darüber auf S. 260 Folgendes:

„Der vierte deutsche Gewerkschaftskongreß spricht die Erwartung aus, daß die Gewerkschaften **mindestens** die Hälfte der von ihren Angestellten zu tragenden Unterstützungsbeiträge zahlen.“\*)

In dem Schreiben nach Fürstenberg „gesteht“ der Redakteur, daß er „kein absoluter Gegner“ der Beamtenversicherung sei. Dies Geständnis ist eigentümlicher Weise ein unvollständiges, wie wir sogleich zeigen werden. Des Weiteren suchte sich der Redakteur gewissermaßen zu entschuldigen, daß auch er die Bewilligung der vollen Beiträge angenommen, indem er sich bemüht, der Zahlstelle den Glauben beizubringen, daß er an der Gewährung der Versicherungsbeiträge unschuldig sei und sich dafür garnicht bemüht habe, da er ja „weder in der Vorstandssitzung noch auf der Generalversammlung auch nur ein Wort dazu geäußert habe.“ Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit.

Als vor der Generalversammlung der Vorstand die Versicherungsfrage behandelte, und zunächst die Zahlung der Hälfte der Beiträge beantragt war, Wollmann dann aber ersuchte, die Gewährung der vollen Beiträge bei der Generalversammlung zu beantragen, wobei er darlegte, daß die Gewährung der Hälfte gewiß schon ein Entgegenkommen und der Anerkennung werth sei, jedenfalls aber der gute Zweck und die wohlwollende Absicht nicht erreicht würde, weil die Beamten nicht in der Lage wären, die andere Hälfte zuzulegen, hat Jahn gerade an dieser Stelle die Ausführungen Wollmanns ganz außerordentlich lebhaft als „sehr richtig“ bezeichnet. Jahn war also nicht nur „kein absoluter Gegner“, sondern ein Befürworter der Beamtenversicherung und hat mit auf den Vorstand eingewirkt, die Gewährung des vollen Beitrages bei der G. V. zu beantragen.

Um einer Polemik mit der Zahlstelle Fürstenberg zu entgehen, schrieb Jahn ferner: „mit der Versicherung, das kann doch anders gemacht werden“ und weiter „es läme ihm so vor, als wenn doch eine Mitgliederabstimmung zu Stande käme.“ Jahn hat solcherweise die Fürstenberger auf den Weg einer Mitgliederabstimmung zur Beseitigung des Generalversammlungsbeschlusses hingewiesen.

\*) Siehe auch dasselbe Protokoll Seite 265 Zeilen 24-27. Jahn.

Dazu war er aber keinesfalls berechtigt, er war vielmehr, ganz gleich, ob er Befürworter oder Gegner desselben war, als vom Verband angestellter Redakteur verpflichtet, für die Durchführung der Generalversammlungs-Beschlüsse, hier also Gewährung des vollen Beitrages, zu wirken.

Wenn Jahn außerdem bemerkte, „wenn die Bureaubeamten öffentlich geschrieben hätten, dann wäre dies wohl ungleich drastischer ausgefallen, als ich es in meiner Art gethan, die weit von prozig und gehässig abliegt,“ so ist dazu zu bemerken, daß die Bureaubeamten mit der Polemik Fürstenberg-Jahn garnichts zu thun, in dieser Sache weder etwas geäußert noch geschrieben hatten, zu dem Vergleich Jahns also absolut keine Veranlassung vorlag, es wäre denn die, daß Jahn, um bei den Fürstenbergern höher zu stehen, die andern Beamten glaubte herabsetzen zu müssen. Zur „Beruhigung“ der Fürstenberger war diese Behauptung Jahns jedenfalls weder erforderlich noch besonders geeignet.

Jahn bemerkt nun, daß er schon in der betr. Sitzung zugegeben habe, daß er „am Ende besser gethan hätte“ die betr. Sache in dem beschwichtigenden Schreiben wegzulassen. Er hat aber dort nur erklärt, daß er sie weggelassen hätte, wenn er gewußt hätte, was für Aerger daraus entsteht. Das die fragl. Sache unzulässig waren und Jahn ein Unrecht damit beging, hat er nicht zugegeben.

In der Diskussion über die Haltung Jahns in der Fürstenberger Angelegenheit wurden auch andere Dinge berührt. So wurde Jahn auch vorgeworfen, daß er die „Ameise“, das amtliche Organ unserer Berufsorganisation benütze, um sog. „schwarzen Brüdern“, die ihm als solche bekannt sind, zum Berufsjubiläum zu gratuliren,\*) worauf Jahn erklärte, da sei doch „nichts dabei.“ Uebrigens mache er das wie er wolle und habe ihm darin Niemand etwas zu sagen.

In derselben Sitzung hat Jahn Andeutungen gemacht, als wenn er die anderen Beamten in irgend welcher Weise belasten könnte. Er könnte „so manches sagen“, aber er thue es nicht. — Von den Bureaubeamten aufgefordert, damit unter allen Umständen herauszukommen, erklärte er dann, daß er nichts Belastendes wisse. Das hielt ihn aber nicht ab, ein zweitesmal anzudeuten „ich könnte ja — aber ich will gar nichts sagen.“ Als dann Wollmann den Redakteur durch den Vorwurf, daß dieser „kneise“ zum Reden und zur Preisgabe etwaiger Geheimnisse zwingen wollte, versicherte Jahn wieder hoch und theuer, er habe nichts gegen die Bureaubeamten und könne denselben durchaus nichts Unrechtes nachsagen.

Alle diese Sachen und das Verhalten Jahns in der ganzen Sitzung hat Wollmann dann zusammengefaßt, um daraus die Behauptung herzuleiten, daß Jahn keinen gewerkschaftlichen Charakter besitze, für welche Behauptung noch weitere Beweise zu Gebote ständen.

Bei der Bemerkung, daß Jahn „isoliert“ und „kaltgestellt“ worden sei, hat Wollmann ausdrücklich betont, daß sich das nur auf den persönlichen Verkehr, nicht auch auf den gewerkschaftlichen beziehe.

Wie Wollmann zu der Aeußerung, für seine Person Jahn nur noch zu dulden und wie dieselbe aufzufassen ist, dürften die Mitglieder unschwer aus dem diesbezüglichen Protokoll herausfinden.

Der Vorstands-Vorstand.

\*) Siehe Nr. 35 der „A.“ Jahrg. 1902 Notiz über Blantonhain unter Rubrik „Aus unserem Bureau.“ Jahn.

## 24. Vorstandssitzung vom 14. Oktober 1902.

Entschuldigt fehlt Barges.  
Von der Zahlstelle Fürstenberg a. B. an den Redakteur eingegangene Schriftstücke, welche zum Theil zur Veröffentlichung im Organ gelangt sind, zum Theil die Veranlassung zu schriftlichen Erörterungen des Redakteurs der Zahlstelle gegenüber, gegeben haben, werden vollinhaltlich zur Kenntlich genommen. Desgleichen auch die Copieen der vom Redakteur an die Zahlstelle gerichteten Schreiben. Nachdem die Zahlstelle F. bereits im Anschluß an die Generalversammlung 1900 die Beschlüsse derselben in einer Weise herabgewürdigt, welche die Grenzen einer berechtigten und sachlichen Kritik weit übersteigt und jetzt in gleicher Weise gegen die Beschlüsse der Generalversammlung 1902 zu Felde zieht, insbesondere den Beschluß, die Versicherung der Verbandsbeamten betreffend, in maßloser Weise bekämpft, hielt der Vorstand es für notwendig, die Bekämpfung des ganzen Schriftwechsels zwischen F. und dem Redakteur, für sich zu beanspruchen. Das Verhalten des Redakteurs der Zahlstelle F. gegenüber, wie es aus den Copieen hervorgeht, bildet die Veranlassung einer äußerst lebhaften Debatte. Weder in der Vorstandssitzung vom 13. 5. 02, in welcher der Antrag des Vorstandes an die Generalversammlung die Leistung der Versicherungsbeiträge für die Verbandsbeamten aus Verbandsmitteln betreffend, beraten und beschlossen wurde, noch der Generalversammlung gegenüber, hat der Redakteur zu erkennen gegeben, daß er für seine Person auf Leistung der vollen Beiträge verzichtet, ev. nur die Leistung der Hälfte der Beiträge für berechtigt hält. Nachdem die Generalversammlung in dieser Sache Beschluß gefaßt, und der Redakteur in gleicher Weise wie der Vorstand zur Durchführung dieser Beschlüsse verpflichtet war, hält der Redakteur es mit seiner früheren Stellungnahme in dieser Angelegenheit für vereinbar, nach F. zu schreiben, er wäre mit der Gewährung der Hälfte der Beiträge schon zufrieden und dafür dankbar. Das eigentümliche Verfahren, die Schreibweise anderer Bureaubeamten im Vergleich zu seiner eigenen, der Zahlstelle F. gegenüber als eine drastischere zu bezeichnen, wird ebenfalls lebhaft kritisiert. Der Redakteur giebt zur Erklärung für sein Verhalten an, daß es ihm in der Hauptsache darum zu thun gewesen sei, die Erregung in F. zu beschwichtigen und giebt zu, allerdings nur in bedingter Form, daß ihm eine Entgleisung passiert ist. Der Vorstand kann das Verhalten des Redakteurs in dieser Sache nicht billigen; bis zur Preisgabe fundamentaler gewerkschaftlicher Grundzüge darf das persönlich beschwichtigende Bemühen eines in der Organisation an leitender Stelle thätigen Genossen nicht gehen. Die Auffassung des Vorstandes gelangt in der Annahme nachstehender Resolution zum Ausdruck. Die Bureaubeamten erklären vor der Abstimmung, daß sie sich der Stimme enthalten.

„Der Vorstand mißbilligt auf das Entschiedenste das Verhalten des Kollegen Jahn betreffs der Versicherungsbeiträge zur Unterstützungs-kasse für Gewerkschaftsbeamte und erwartet, daß derselbe in Zukunft korrekter handelt.“

G. Wollmann, J. Schneider,  
Vorstandender. Schriftführer.

## 62. Vorstandssitzung vom 28. April 1903.

Ohne Entschuldigung fehlt Dafe.  
Nachdem seit längerer Zeit in Charlottenburg Gerüchte kursirten, daß die Bureaubeamten ihre Pflicht nicht erfüllen, in Bezug auf Innehaltung der täglichen Arbeitszeit, und diese Gerüchte sich immer lauter bemerkbar machten und schließlich auch dem Verbandsbureau bekannt wurden, ist auf Veranlassung des Verbandsvorsitzenden diese Angelegenheit in der Zahlstellenversammlung Charlottenburg vom 25. 4. 1903 zur Sprache gebracht worden. Es ist von Wollmann dort verlangt worden, daß die Urheber dieser Gerüchte hervortreten sollen und Beweise für ihre Behauptungen erbringen. Daraufhin habe sich der Zahlstellenkassirer Gerber gemeldet und erklärt, daß er wohl diese Gerüchte mit verbreitet, jedoch nicht erfunden habe. Seine Informationen stammen aus dem Bureau selbst. Es ist diese letztere Behauptung von Wollmann auf ihre Wahrheit hin bezweifelt worden, mit dem Hinweis, daß ein Bureaubeamter sich selbst wohl nicht beschuldigen dürfte. Infolgedessen ist von Seiten Gerber erklärt worden, daß Letzterer seine Informationen von dem Redakteur Jahn erhalten habe. Einmal sei Gerber während der Mittagszeit in das Bureau gekommen, um mit dem Verbandskassirer Geschäfte zu erledigen, habe aber Niemanden angetroffen. Daraufhin habe sich Gerber in das abgeordnete Zimmer Jahns begeben und diesem erklärt, daß er zu Gerben wolle, dieser aber nicht da sei. Bei dieser Gelegenheit habe Jahn ihm bedeutet, daß dergleichen öfter vorkomme, daß überhaupt nicht regelmäßig gearbeitet wird. Von Jahn habe er (Gerber) bei der Beerdigung Bernsdorfs auch gehört, daß Letzterer beständen, daß Jahn

lindigen müsse und daß es dann einen großen Krach gäbe, ähnlich wie im Falle Bey. Ebenfalls sei in der Zahlstelle Moabit nach den Zahlstellenversammlungen in gleichem Sinne erzählt worden, dies könne das Mitglied Müller, Moabit, bezeugen. Ebenso weiß das Vorstandsmitglied Dale von diesem Sachverhalt. Nach diesen Darlegungen habe Wollmann der Versammlung gegenüber erklärt, daß die ganze Angelegenheit in diesem Stadium nicht mehr an der Zahlstelle erledigt werden könne, sondern daß er (Wollmann) die Anschuldigungen gegen die Bureaubeamten nunmehr dem Gesamtvorstand unterbreiten müsse, um bei letzterem eine Unterstufung und Feststellung der Thatsachen zu ermöglichen. Nach der Schilderung des vorstehenden Sachverhalts durch Wollmann erklärt Jahn: die Anschuldigungen über die Innehaltung der Arbeitszeit könne er garnicht gethan haben, weil er sich damit selbst belasten würde. Er selbst gehe regelmäßig zum Friseur, sei überhaupt in seiner Arbeitszeit nicht zu kontrollieren und habe umsomehr Anspruch auf Freiheit, als er ein sehr fixer Arbeiter sei. Bei dem Besuch Gerbers im Bureau könne mancherlei gesprochen worden sein, jedoch seien ihm Einzelheiten nicht mehr erinnerlich. Auf keinen Fall sei der Vorgang so, wie ihn Gerber dargestellt habe. Bei der Beerdigung Bernicke's sei allerdings auch mancherlei gesprochen worden, die Anregung dazu sei aber von Gerber ausgegangen. Er (Jahn) habe Gerber gesagt, daß er kündigen müsse. Daß er über seine Angelegenheit mit Gerber gesprochen habe, sei aus seiner verärgerten Stimmung heraus zu erklären; er sei nun einmal ein Mensch, welcher dergleichen Sachen nicht für sich behalten könne. Ob der Ausdruck „es giebt einen Krach“ von ihm gebraucht oder was sonst noch gesprochen wurde, sei ihm nicht mehr erinnerlich. Keinesfalls habe er in der üblichen Weise davon gesprochen, obschon er damals, wie heute noch, der Auffassung gewesen, daß es ohne größere Aufregung im Verband nicht abgehen würde, wenn er seine Stellung kündigte und den Mitgliedern den ganzen Sachverhalt unterbreitete. In der Zahlstelle Moabit habe er (Jahn) allerdings nicht mit einigen Mitgliedern darüber gesprochen, unter Anderem auch mit dem Mitgliede Schön. Jedoch, wenn er sich richtig entsinnere, habe Schön das Gespräch angefangen und von dem Sachverhalt schon gewußt. Des Weiteren erklärt Jahn, daß er in der That die Absicht hatte, seine Stellung zu kündigen, sei aber Umstande halber davon abgekommen und habe jetzt, nachdem schon eine Zeit verlossen, seit der Sitzung vom 14. 10. 1902 diese Absicht ganz aufgegeben, weil er durch die Zeit ruhiger darüber geworden sei. Wollmann weist darauf hin, daß die Beerdigung Bernicke's am 25. 12. 1902, also zehn Wochen nach der Sitzung vom 14. 10. 1902, stattgefunden habe. Hierauf wird beschlossen, die Mitglieder Gerber-Charlottenburg, Müller-Moabit, sowie das Vorstandsmitglied Dale in der nächsten Sitzung als Zeugen zu dieser Angelegenheit zu hören. Wollmann weist darauf hin, daß es notwendig sein wird, daß den Zeugen, welchen Jahn seinen aus der Vorstandssitzung vom 14. 10. 1902 resultierenden Aerger mitgeteilt hat, auch die Urachen hierfür bekannt gegeben werden, um eine etwaige einseitige Darstellung des Sachverhalts durch Jahn zu korrigieren. Es wird zu diesem Zwecke von Wollmann beantragt, das Protokoll der 24. Vorstandssitzung vom 14. 10. 1902 in nächster Sitzung zu verlesen. Eine Beschlusfassung hierüber behält sich der Vorstand für die nächste Sitzung vor.

G. C r a a h, J. S c h n e i d e r,  
stellv. Vorsitzender. Schriftführer.

G. W o l l m a n n,  
Vorsitzender.

**63. Vorstandssitzung vom 5. Mai 1903.**

Die für diese Sitzung geladenen Zeugen Müller-Moabit und Gerber-Charlottenburg sind erschienen, und werden zunächst mit dem Sachverhalt, wie derselbe aus dem Protokoll der letzten Sitzung hervorgeht, bekannt gemacht. Gerber sagt zunächst aus, Müller habe zunächst aus Moabit die Nachricht gebracht, daß die Beamten im Bureau nicht einig sind; bei der Beerdigung Bernicke's habe er (Gerber) mit Jahn gesprochen und habe ihm letzterer gesagt, daß er (Jahn) kündigen müsse. Der Ausdruck „Krach“ habe nicht Jahn, sondern Gerber gebraucht. In Mitgliederkreisen wundere man sich über die Höhe der Ausgabeposten für Beleuchtung in den Abzissen, und die Mitglieder behaupten, wenn die Bureaubeamten am Tage arbeiten würden, erübrigte es sich für sie, am Abend zu arbeiten. Müller erklärt, in Moabit sei nur über die Lichtfrage gesprochen worden. Dale erklärt, in den Zahlstellenversammlungen sei über Streitigkeiten nicht gesprochen worden, was nach den Versammlungen von dem Einen und dem Andern gesprochen worden sei, dafür könne er nicht verantwortlich gemacht werden. Jahn bemerkt hierzu, daß der Vorgang in seinem Redaktionszimmer mit Gerber nach folgendermaßen abgepielt habe. Jahn habe

Gerber ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Gerber in seiner Wohnung zum Mittagessen sich befinden, sofern Gerber keine Zeit zum Garten habe, solle er ruhig Gerber rufen. Letzterer würde zweifellos sofort kommen, um Gerber abzufertigen. Auf die Behauptung, daß die Arbeitszeit nicht innegehalten würde, erklärt Jahn nicht einzugehen, mit dem Bemerkten, daß er, wie in voriger Sitzung bereits erklärt, sich selbst belasten würde. Bei der Beerdigung Bernicke's habe sich der Pöngang folgendermaßen abgespielt. Jahn habe Gerber gefragt, ob er ihm eine kleine Muffel bauen würde. Zu dieser Zeit habe Jahn sich mit dem Gedanken getragen, eine eigene Malerei zu errichten und zum 1. Januar 03 seine Stellung zu kündigen. Auf die verwunderte Frage Gerbers, zu welchem Zweck Jahn die Muffel brauche, habe Jahn ihm erklärt, daß Reibereien vorzulegen, infolge deren er seine Stellung kündigen müsse. Die zu Tage getretene Auffassung, daß er (Jahn) Gerber habe scharf machen wollen, müsse er zurückweisen; es sei ihm bekannt, daß Gerber durchaus nicht scharf gemacht zu werden braucht und eine durchaus selbständige Meinung hat. Wollmann weist auf Widersprüche in den Aussagen Gerber's und Jahn's hin, sowohl als auf den Umstand, daß Müller sich über die angeklagten Streitigkeiten mit Jahn noch mit keiner Silbe geäußert und nur behauptet hat, es sei in Moabit nur über die Lichtfrage gesprochen worden. Die Aussage Gerber's, Müller habe zuerst von Moabit mitgebracht daß die Beamten nicht einig sind, stehe dem entgegen. Bezüglich der Aussagen Dale's weist Wollmann darauf hin, daß es garnicht darauf ankomme, ob etwas während oder nach der Versammlung gesagt worden sei, sondern Dale habe die Pflicht, das zu sagen, was ihm bekannt sei. Müller erklärt hierauf, daß Jahn in Moabit allerdings davon gesprochen, daß „Feddereien“ im Bureau sind, und daß er wohl abgehen würde, dadurch sei ihm klar geworden, daß etwas vorgekommen sein müsse. — Dale erklärt, daß ihm von Unterhaltungen über Differenzen mit Jahn durchaus nichts bekannt sei. In Bezug auf diesbezüglichen Hinweis Wollmann's erklärt Gerber, daß er dabei stehen bleiben müsse, daß er in der Zahlstellenversammlung nicht gesagt habe, Jahn habe von einem bevorstehenden Krach gesprochen, sondern er selbst habe den Ausdruck gebraucht, um der Versammlung seine Empfindung verständlich zu machen, nach welcher ein Krach unvermeidlich wäre. Jahn habe ihm gesagt, er sehe es ungern, aber wenn es soweit kommt, dann „kommt es eben so weit“. Jahn habe ihm „durch die Blume“ zu verstehen gegeben, daß die Bureaubeamten ihre Pflicht nicht erfüllen. Jahn stellt an Gerber die Anfrage, ob dieser die Mittheilung, daß Gerber zum Essen gegangen ist, u. s. w. als „durch die Blume“ gesprochen betrachte. Im Uebrigen bemerkt Jahn, daß er aus dem Gang der Verhandlung die Auffassung gewonnen habe, daß er nunmehr zu dem Schritt gedrängt werden solle, welchen zu thun nicht mehr in seiner Absicht liegt. Es sei ihm sonst nicht klar, aus welchen Absichten man diese Sache vor den Vorstand gebracht habe. Als Ergebnis der Diskussion wird konstatiert, daß Jahn mit Gerber und verschiedenen Mitgliedern in Moabit sich über die am 14. 10. 02 verhandelte Angelegenheit unterhalten hat, trotzdem mit Einverständnis Jahn's beschlossen worden ist, daß diese Angelegenheit aus dem Vorstand nicht hinausgetragen werden dürfe, worauf auch der Beschluß zurückzuführen ist, daß das Protokoll der 24. Sitzung vom 14. 10. 02 nicht veröffentlicht ist. Bewiesen ist dieses durch die Aussagen Müllers, welche von Jahn nicht widerlegt bzw. unwiderprochen geblieben sind, daß Jahn in Moabit von „Feddereien“ gesprochen hat. Ferner durch die Aussagen Gerbers, betreffend die Unterhaltung bei der Beerdigung Bernicke's. Ferner durch die eigenen Aussagen Jahn's. Es wird weiter konstatiert, daß Jahn wohl von seiner bevorstehenden Kündigung, und von der großen Erregung, welche dieserhalb in Mitgliederkreisen Platz greifen müsse, gesprochen habe, die Ursache jedoch, welche die Verhandlungen und den Vorstandsbeschluß vom 14. 10. 02 notwendig machen, den Mitgliedern verschwiegen habe. Im Widerspruch bleiben die Behauptungen Gerber's, daß Dale von den Unterhaltungen über diese Sache in Moabit etwas wisse, und die Erklärungen Dale's, nichts davon zu wissen. Ferner bleiben ungelöst, die Widersprüche zwischen den Behauptungen Jahn's, zu Gerber keinerlei Andeutungen über mangelhafte Pflächterfüllung der anderen Bureaubeamten, gemacht zu haben, und die Behauptung Gerber's, Jahn habe ihm diese Auffassung eingestößt. Ferner wird konstatiert, daß Gerber auf die Anfrage Jahn's, ob er den Hinweis, Gerber sei zum Essen gegangen, als durch die Blume gesprochen betrachtet, die Antwort schuldig geblieben ist. Der Erklärung Gerber's, durchaus nicht voreingenommen gegen die Bureaubeamten zu sein, tritt das Vorstandsmitglied Schulte mit der bestimmten Behauptung entgegen, daß Gerber in seiner Gegenwart die Vermuthung ausgesprochen, die Bureaubeamten müßten doch den ganzen Tag im Restaurant des Volkshauses

verbringen. Schulte macht sich anheischig, für diese Behauptung Gerber's weitere Zeugen zu erbringen. Jahn hat versichert, mit seinen Andeutungen nicht über den von ihm bezeichneten Personenkreis hinausgegangen zu sein, insbesondere nach außerhalb keinerlei Andeutungen gemacht zu haben. Bezüglich der gegen die Bureaubeamten ausgestreuten Beschuldigungen ist absolut Nichts erwiesen. Jahn hat ausdrücklich erklärt, eine diesbezügliche Behauptung niemals aufgestellt zu haben. Gerber hat erklärt, daß er, soweit er an dergleichen Unterhaltungen sich betheiligt habe, ganz gern seine Worte zurücknehme. Nachstehender Antrag wird hierauf angenommen: „Die Beschuldigungen gegen die Bureaubeamten sind in keiner Weise zutreffend, so daß zu Moritas irgend welcher Art für den Vorstand keine Veranlassung vorhanden ist. Der Vorstand ist überzeugt, daß alle Beamten ihre Pflicht und Schuldigkeit erfüllen. Auch die zeitweilig als Aushilfen im Bureau Beschäftigten haben jederzeit ihre Pflicht voll und ganz erfüllen müssen und auch erfüllt. Der Vorstand spricht sein Bedauern aus, daß solche Beschuldigungen gegen die Verbandsbeamten kursiren“. Wollmann geht nunmehr auf die in der Diskussion gestellte Anfrage Jahn's ein, aus welcher Absicht diese Angelegenheit dem Vorstand unterbreitet worden ist. Derselbe erklärt: Jahn sollte eigentlich nach dem Gang der Verhandlungen über die Absichten nicht mehr im Zweifel sein. Zunächst liege es im eigensten Interesse der Beamten, als auch im Interesse des Verbandes, den kursirenden Gerüchten entgegenzutreten. Zum Andern erscheint es eigenthümlich, daß dem Redakteur Jahn das Verständniß dafür abgeht, daß er durch Gerber in der Zahlstellenversammlung beschuldigt worden ist, seine Bureaukollegen bei den Verbandsmitgliedern anzuschwärzen. Er (Jahn) sollte einsehen, daß ihm Gelegenheit gegeben werden mußte, sich gegen diese Anschuldigungen zu verwahren. Wollmann erklärt weiter: Was ich in der Zahlstellenversammlung Charlottenburg behauptet und hier wiederholt habe, ist die Nothwendigkeit, daß den kursirenden Gerüchten entgegengetreten werden mußte, resp. ihre Urheber ermittelt und zur Verantwortung gezogen oder, sofern die Wahrheit der behaupteten Beschuldigungen erwieslich, hat der Vorstand seine statutarischen Maßnahmen zu treffen; denn ich bin selbst der Ansicht, daß der Verband die Gehälter nicht an Faulenzen zahlen kann. Dieses ist doch Begründung genügend. Die Aeußerung Jahn's, es handle sich darum, ihn von seinem Posten zu verdrängen, ist eine derartige Unterstellung, daß ich mich ganz entschieden dagegen verwahren muß. Jahn spielt damit nach dem Vorbilde Bey's, den Verfolgten. Jener hat sich ja in seinen Behauptungen soweit versteigen, daß man ihn erfrieren lassen wolle und hat selbst für diese Absurdität gläubige Hörer gefunden. Eine Wiederholung des Falles Bey dürfte wohl aber doch für die Zukunft ausgeschlossen sein, zudem der Fall Jahn wesentlich anders gelagert ist. Durch die Feststellungen ist Jahn schwer kompromittirt; er hat dem Vorstandsbeschlusse, welcher allen Vorstandsmitgliedern im Interesse des Verbandes und nicht zum Wenigsten im persönlichen Interesse Jahn's Schweigen auferlegte, zuwidergehandelt. Uns allen hat der Beschluß den Mund verschlossen und die Hände gebunden, während Jahn verschiedene Gelegenheiten gesucht und gefunden hat, gegen den Vorstand bzw. gegen seine Bureaukollegen zu wühlen. Ich habe niemals, weder hier noch irgend einem Mitgliede gegenüber, Andeutungen gemacht, daß Jahn etwas vorzuwerfen sei, im Gegentheil, Andeutungen von anderer Seite, daß Differenzen vorhanden seien, als unrichtig erklärt und selbst dann, wenn ich gewahrte, hinterrücks angegriffen zu sein, auf eine Vertheidigung verzichtete. Jahn hat in der Sitzung vom 14. 10. 1902 durchblicken lassen, daß er auch reden könnte, wenn er wollte, hat aber auf wiederholtes Drängen, aus sich herauszugehen, wie es Pflicht wäre, dem Vorstand gegenüber erklärt, daß er nichts die Bureaukollegen Belästendes wisse. Auf eine damalige Bemerkung: „Jahn kneift“, fühlte Jahn sich verlezt und jetzt unternimmt er es wieder und in schlimmerer Weise, bei verschiedenen Gelegenheiten Andeutungen zu geben dahingehend, daß, wenn er reden wollte oder wird reden müssen, die Erregung in Mitgliederkreisen eine große sein würde. Nach meinem Dafürhalten mag Jahn wohl die Absicht gehabt haben, sich selbstständig zu machen und hat dafür sorgen wollen, daß der angeordnete große Krach eintreten sollte, nachdem Jahn seine Person in Sicherheit gebracht und für die ihm erwünschte große Erregung genügend vorgearbeitet hatte. Die Harmlosigkeit der Bierischgespräche bezweifle ich; in einzelnen Fällen kommen doch die Personen in Frage, mit welchen sie geführt wurden. Jahn weiß, daß Gerber in besonders leidenschaftlicher Weise im Streitfall Bey gegen den Vorstand Stellung genommen und hat in der Diskussion selbst zugegeben, daß er wisse, Gerber brauche nicht besonders scharf gemacht zu werden. Auch die damalige Haltung des Mitgliedes Schön, insbesondere dessen Voreingenommenheit gegen meine Person ist

Jahn bekannt. Jahn hat es geüffentlich unterlassen, zu erzählen, wie schwer er sich gegen den Vorstand und insbesondere gegen seine Bureaukollegen verhalten hat. Ich behaupte außerdem auf das Bestimmteste, daß es nicht wahr ist, daß Jahn sich mit seinen Andeutungen auf den von ihm bezeichneten Personenkreis beschränkt hat und daß „außerhalb“ Niemand etwas wisse. Meine frühere Behauptung, daß Jahn keinen gewerkschaftlichen Charakter hat, kann ich nicht, wie Jahn wünschte, zurücknehmen und dies umweniger, als die heutige Angelegenheit ein erneuter Beweis für meine Behauptung ist und mir außerdem noch weitere Belege dafür zur Verfügung stehen. Mit der Frage, ob Gerber ihm eine kleine Muffel bauen kann, hat Jahn doch nur eine Gelegenheit gesucht, mit Gerber über seine Angelegenheit sprechen zu können. Es ist absurd, uns glauben zu machen, daß Gerber als Nebenbeschäftigung dies thun könne; außerdem sind Jahn die Bezugsquellen für Muffeln durch die Fachblätter zur Genüge bekannt. Nachdem Jahn in solcher Weise gegen uns gearbeitet hat, stellt er hier die Behauptung auf, es sei auf seine Verdrängung abgesehen. Diese Unterstellung zwingt mich, doch einmal aus mir herauszugehen, um Jahn offen und frei zu sagen, wie ich über seine Verdrängung denke und was ich von ihm halte. Ich habe seit Jahren den zweifelhaften Charakter Jahns erkannt, habe aber noch niemals etwas gegen ihn unternommen, habe aber begreiflicher Weise kein Verlangen danach, mich hinterücks von ihm abschneiden zu lassen. Ich habe nie die Absicht gehabt, Jahn zu beseitigen, hätte ich das gewollt, so wäre Veranlassung und nach meiner Ueberzeugung auch die Möglichkeit genügend vorhanden gewesen. Rücksichten auf Jahn haben mich allerdings nicht abgehalten, sondern nur die Rücksicht auf seine Familie. Insbesondere die letzten Vorgänge hätten mir Material genug geliefert, ich war trotzdem damit einverstanden, die Angelegenheit totzuschweigen. Ich habe nicht einmal Jahns Thätigkeit als Redakteur kritisiert, wäre aber schon oft im Interesse des Verbandes dazu verpflichtet gewesen. Ich habe es unterlassen in der Hoffnung, daß andere die oft groben Verfehlungen herausfinden werden und in der Ueberzeugung, daß man bei mir sehr gern wieder von Parteilichkeiten und persönlicher Gefügigkeit reden würde. Die Affaire Bey habe ich soweit noch gut in Erinnerung, daß ich weiß, es liegt im Interesse des Verbandes, eine solche Meinung nicht auskommen zu lassen. Auch habe ich nie mit Jahn gestritten, sondern mich nur von ihm abgefordert, wie die anderen Bureaukollegen auch, so daß Jahn allein dasteht, vollständig isoliert ist. Ich sagte mir, mit einem solchen Menschen streitet man nicht, den stellt man kalt. Wenn Jahn nun trotz meiner ungeheuren Geduld noch glaubt, den Eindruck erwecken zu können, daß wir etwas zu fürchten haben, dann befindet er sich im Irrthum. So liegen die Dinge nicht; ich will also Jahn nicht beseitigen, aber ich dulde ihn nur noch. Ich habe die festeste Ueberzeugung, daß Jahn unmöglich wird, sobald den Mitgliedern der Charakter und das Verhalten Jahns bekannt wird. Auch diejenigen würden sich von ihm abwenden, welche er bisher einseitig beeinflussen konnte, und selbst wenn man den Versuch machen wollte, Jahn zu halten, so würde das öffentliche Urtheil, insbesondere das der Gewerkschaftspresse, dies unmöglich machen. Wenn ein solcher Mann geht, kann die Erregung nicht groß werden, da würde das Wasser keine großen Wellen schlagen, sondern nur recht kleine Kreise ziehen. Ich für meinen Theil dulde also Jahn nur noch und erkläre außerdem, daß ich auch heute noch nicht die Absicht habe, auf Jahns Beseitigung hinzuwirken. Mein Vertrauen zu ihm ist allerdings schon lange verloren gegangen und er verdient keines mehr und als Redakteur erscheint er mir zehnfach erschwerbar, aber ich werde ihn weiter dulden. Für mich existirt Jahn einfach nicht mehr und wenn ich über ihn stürzen sollte. Er mag also ruhig weiter Redakteur sein, so lange er den Mitgliedern als solcher genehm ist und auch so weiter arbeiten, wie bisher, wenn Vorstand und Mitglieder daran nichts auszusetzen haben. Noch weiß ich nicht, ob der Vorstand dieses Mal wieder Geheimhaltung, an welcher ich ein persönliches Interesse nicht haben kann, beschließen wird; sollte dies der Fall sein, dann bitte ich aber den Vorbehalt zu machen, daß, soweit Jahn wieder dagegen verstößt, auch wir von der Verpflichtung zum Schweigen entbunden sind. Nach allen bisherigen Erfahrungen, und nachdem Jahn selbst erklärt hat, er sei ein Mensch, der so etwas nicht in sich verschließen könne, habe ich die Ueberzeugung, daß Jahn, falls er mit einer diesbezüglichen Verpflichtung wieder einverstanden wäre, sich selbst nicht daran gebunden hält. Mag der Vorstand also beschließen, wie er es im Interesse des Verbandes für geboten erachtet; ich erkläre aber, daß ich, sofern Jahn sich wieder eine solche Handlung zu Schulden kommen läßt, ich mich durch keinen Beschluß und durch nichts mehr binden lassen kann. Dann gehe ich an die Oeffentlichkeit und werde die

Konsequenzen meines Handelns zu tragen wissen. Jedenfalls kann ich dann mit einem solchen Menschen nicht mehr zusammen arbeiten. Korn betont, daß es allerdings im Interesse des Verbandes läge, auch diese Angelegenheit wieder geheim zu halten. Jahn erklärt, daß es ihm persönlich gleichgültig sein könne, ob die Veröffentlichung erfolgt oder nicht, er stimme aber darin Korn bei, daß die Veröffentlichung nicht im Interesse des Verbandes liege, während Gerber einwirft, daß nach den Angriffen Wollmanns auf Jahn die Veröffentlichung des Protokolls doch wohl am Platze sei. Dagegen theilt Gerbers Auffassung. Beschlossen wird, das Protokoll nicht zu veröffentlichen. Wollmann fragt an, welche Aufklärung der Zahlstelle Charlottenburg gegeben werden soll, der Zahlstelle werde schon eine ausreichende Erklärung gegeben werden müssen. Die Behandlung dieser Frage erweist sich als außerordentlich schwierig und wird deshalb wegen vorgerückter Stunde verlagert.

G. Wollmann, J. Schneider,  
Vorsitzender. Schriftführer  
G. Graab, stellv. Vorsitzender, P. Dack,  
A. Müller, F. Gerber.

#### 64. Vorstandssitzung vom 10. Mai 1903.

Gerber-Charlottenburg nimmt an der Sitzung Theil.

Vom Redakteur Jahn ist an den stellvert. Vorsitzenden ein Schreiben eingegangen, in welchem derselbe erklärt, an der Theilnahme der Sitzung behindert zu sein. — Die Protokolle der 62. und 63. Sitzung werden zur Verlesung gebracht und für richtig erklärt, vorbehaltlich der Zustimmung des Redakteurs und des ebenfalls nicht anwesenden Zeugen Müller. Den beiden letztgenannten sollen die Protokolle unterbreitet werden; event. Abänderungsanträge sind der nächsten Sitzung zu unterbreiten. Sofern Abänderungen nicht verlangt werden, sind die Protokolle, resp. deren Richtigkeit durch Namensunterschrift zu bestätigen. Bezüglich der Aufklärungen, welche der Zahlstelle Charlottenburg gegeben werden sollen, findet ein Antrag Graab Annahme, nach welchem den Bureaubeamten gestattet sein soll, von den protokollarischen Feststellungen der Zahlstelle gegenüber soweit Gebrauch zu machen, als denselben zu ihrer Verteidigung nothwendig erscheint.

G. Wollmann, Joh. Schneider,  
Vorsitzender. Schriftführer.

#### 65. Vorstandssitzung vom 12. Mai 1903.

Der Schriftführer berichtet, daß seinerseits dem Redakteur Jahn die Protokolle der 62. und 63. Vorstandssitzung unterbreitet worden sind, letzterer sich jedoch nach Kenntnisknahme derselben weigere, dieselben zu unterschreiben. Jahn erklärt, er könne den Zweck seiner Unterschrift nicht einsehen, es müsse dem Vorstand doch genügen, wenn er erkläre, die Protokolle zur Kenntnisknahme genommen zu haben. Es wird darauf hingewiesen, daß der Vorstand auf der Unterschrift bestehen müsse, um sich gegen Eventualitäten zu sichern. Als Begründung dafür wird auf Aeußerungen Jahns in der 62. Sitzung hingewiesen, in welcher Jahn erwähnte, er hätte an dem Protokoll der 24. Sitzung vom 14. 10. 1902 Ausstellungen nicht gemacht, aber dabei durchblicken ließ, daß das Protokoll anders aussehen müßte. Erst auf die bestimmte Frage, ob Jahn das Protokoll der 24. Sitzung anzweifelt, verneinte er dieses. Als weitere Begründung wird darauf aufmerksam gemacht, daß Jahn, als derselbe vom Schriftführer zu der 64. Sitzung besonders eingeladen wurde mit dem Hinweis, daß die Protokolle der beiden vorhergehenden Sitzungen da zur Verlesung gelangen, erklärt hat, an diesen Protokollen könne er doch nichts ändern. Auch die Aeußerung Jahns in der 63. Sitzung, „bei dieser Befreiung des Vorstandes wäre es ein Kampf gegen Windmühlen, wollte er sich gegen die Ausführungen Wollmanns wenden“, müsse dem Vorstand Veranlassung sein, auf seinem Standpunkt zu beharren. Nachdem Jahn die ausdrückliche Erklärung ab, die Protokolle in Bezug auf Inhalt und Richtigkeit anzuerkennen und wird nun auf Leistung der Unterschrift verzichtet. Hierauf überreicht der Redakteur die schriftliche Kündigung seiner Stellung zum 12. August cr. Nachdem entplint sich eine längere Debatte darüber, ob nunmehr noch der Beschluß, die Nichtveröffentlichung der bezüglichen Protokolle, aufrecht erhalten werden soll. Die Auffassung des Vorstandes ist dahingehend, daß es ganz auf den Redakteur ankomme, ob er selbst wünsche, daß die Protokolle geheim gehalten werden und ob und welchen Grund der Kündigung er den Mitgliedern gegenüber anzugeben beabsichtige. Ein etwaiges Bedürfnis, den Redakteur durch die Veröffentlichungen in der Oeffentlichkeit bloßzustellen, bestehe bei keinem einzigen Mitgliede des Vorstandes. Nachdem aber der Redakteur erklärt, ein persönliches Interesse an der Verschweigung der Sache nicht zu haben, hat der Vorstand auch kein Interesse mehr, diese Angelegenheit geheim zu halten. Ein Antrag, die Protokolle in dieser Angelegenheit zu veröffent-

lichen, wird hierauf einstimmig angenommen. Die Abstimmung hierüber ist eine namentliche; dafür stimmen v. d. Aue, Graab, Korn, Gerber, Schneider, Schröder, Schulte, Welzel, Wollmann, Zarges. Ein Antrag des Redakteurs, ihm für die Zeit vom 23. 5. bis 6. 6. Ferienurlaub zu gewähren, wird einstimmig angenommen.

G. Wollmann, J. Schneider,  
Vorsitzender. Schriftführer.

#### 66. Vorstandssitzung vom 14. Mai 1903.

Graab fehlt.

Solange noch unentschieden ist, ob die von den Unternehmern angebotene Aussperrung perfektiv wird oder nicht, wird beschlossen, im Einverständniß mit dem Redakteur, daß die Veröffentlichung der Protokolle in Sachen Jahn so lange unterbleibt bis der Vorstand von Neuem Beschluß gefaßt hat. Der Redakteur giebt die Erklärung ab, sofern die Aussperrung zur Thatsache wird, von dem ihm bereits bewilligten Urlaub vorläufig keinen Gebrauch zu machen, in Rücksicht auf die infolgedessen entstehenden Mehrarbeiten im Bureau.

G. Wollmann, J. Schneider,  
Vorsitzender. Schriftführer.

#### 70. Vorstandssitzung vom 9. Juni 1903.

Wollmann befindet sich auf Reisen.

Nach Mittheilung von Lettau ist die Aussperrung am 6. Juni zur Thatsache geworden, nachdem alle Versuche von unserer Seite, eine gütliche Regelung des Konfliktes zu erreichen, gescheitert sind an der Forderung des Unternehmers, aus dem Verband auszutreten. — Von Freilenoerl a wird mitgetheilt, daß der Unternehmer sich weigere, die mit dem Vorstandsvorsteher getroffenen Vereinbarungen einzuhalten und demzufolge sämtliche dort beschäftigten Mitglieder die Arbeit am 6. Juni niedergelegt haben; ein Antrag, dem Mitglied 27 946 den Rest der Karenzzeit zu erlassen, wird abgelehnt und dem Mitgliede einfache Unterstützung bewilligt. — Ueber die Firma Hackenberg, Berlin Yorkstraße (Smalirwert), wird die Sperrverhängt, nachdem sämtliche Mitglieder wegen Lohnunterschieden entlassen worden sind; den Entlassenen wird Unterstützung nach § 1 Abs. 6 des U.-R. bewilligt. — Ein Antrag, dem Mitglied 448 die heimliche Mitgliedschaft zu gestatten, wird abgelehnt. — Zuschriften von Arneburg, Köppelsdorf, Hüttengrund, Uhlstädt und Eisenberg werden zur Kenntnisknahme genommen. — Die Zahlstelle Ubersweiler wird auf Antrag der bisherigen Verwaltung aufgelöst. Den bei der Firma Rheinische Gummi- und Celluloid-Fabrik Mannheim beschäftigten Mitgliedern werden auf Anfrage entsprechende Verhaltensmaßregeln gegeben. Die wegen Beitragsresten erfolgte Streichung des Mitgliedes 15 404 Ullwasser wird, nach Klarlegung des Sachverhalts, dem Antrage der Verwaltung entsprechend, wieder aufgehoben. — Der Gründung einer Zahlstelle in Biesau bei Wallendorf, vom 1. Juni cr. ab, wird zugestimmt. — Das Mitglied 1928 Seilert, Wegesack, wird nach § 5 Abs. 3 des St. vom Verband ausgeschlossen. — Dem Mitglied 10 557 Wegesack wird Unterstützung nach § 1 Abs. 6 des U.-R. bewilligt. — Einem Antrage der Agitations-Kommission des 1. Agitationsbezirks, einen Versammlungs-Korrespondenten nach Kolmar, Wilda und Wordingen zu entsenden, wird durch die Delegation des Schriftführers entsprochen. — Nachdem in der 66. Sitzung vom 14. 5. 03 beschlossen war, die Veröffentlichung der Protokolle in Sachen des Redakteur zurückzustellen, bis ein neuer Beschluß gefaßt würde im Einverständniß mit dem Letzteren, erklärte derselbe geäußerten Zweifeln gegenüber, daß es nicht in seiner Absicht liege, seinerseits im Organ über seine Angelegenheit in irgend einer Form zu berichten. Er selbst habe nur die Absicht, bei seinem Abgang in einem „Abschiedswort“ an die Mitglieder auf die Sache einzugehen und wenn ihm vom Vorstand schon zugetraut würde, den Thatsachen zuwiderlaufende Mittheilungen zu machen, sei er auch bereit, vor der Drucklegung der betreffenden Nummer das bezügliche Manuskript dem Vorstand zur Kenntnisknahme zu geben. Demzufolge war der Redakteur, in gleicher Weise wie der Vorstand, und die einzelnen Mitglieder derselben, an den Beschluß gebunden, so lange nicht von ihm, oder anderer Seite die Aufhebung desselben beantragt, resp. vom Vorstand beschloß wurde. Das Bureau hatte jedoch in dem Bewußtsein, daß der Redakteur auch dieses Mal nicht an sein gegebenes Wort, resp. an den Vorstandsbeschluß gebunden halten wird, sich dahin verständigt, daß die „Ameise“ scharf kontrollirt werden muß, wenn verhindert werden sollte, daß die Oeffentlichkeit eine einseitige Darstellung dieser Angelegenheit erhalte. Bei der Durchsicht der Manuskripte zu Nr. 24 ergab sich, daß der

Redakteur entgegen seinem gegebenen Wort und dem diesbezüglichen Beschluß, hinter dem Rücken des Vorstandes, einen längeren Schriftsatz „In eigener Sache“ veröffentlichen wollte. Dieser Schriftsatz wird vollinhaltlich zur Kenntnis gegeben. Indem der Redakteur nicht anwesend ist, wird beschlossen, daß die Veröffentlichung dieses Schriftsatzes in Nr. 24 der „Ameise“ nicht erfolgen darf. Für die nächste Sitzung ist der Redakteur besonders einzuladen und hat die, in diesem Schriftsatz erwähnten Zuschriften einer Anzahl von Zahlstellen und Mitgliedern zur Kenntnis zu geben. Im Anschluß daran soll im Einverständnis mit dem Redakteur, Beschluß gefaßt werden, ob und in welcher Form von der nächsten Angelegenheit der Öffentlichkeit Kenntnis gegeben werden soll. Ferner wird beschlossen, daß der Drucker des Organes bis auf Weiteres dem Vorstand gegenüber die Verantwortung für den Inhalt zu tragen hat, und infolgedessen verpflichtet ist, vor der Drucklegung jeder einzelnen Nummer dem Bureau einen Bürtzenabzug zur Verfügung zu stellen. Für den Drucker sind die ev. Anordnungen des Bureaus maßgebend. — Der Abschluß der Hauptkassen pro I. Quartal 1908 sowie für Monat Mai, wird zur Kenntnis gegeben. Demnach beträgt das Vermögen Ende Mai im Verband 69 376,88 Mk., im Beihilfefond 227,87 Mk. Auf Antrag des anwesenden Verbandsrevisor Munt, welcher die Richtigkeit bestätigt, wird der Kassirer entlastet.

Beihilfefond. Aufenthaltsveränderungen für 600 Eisenberg, 29 458 Plmenau und 7688 Wittenberg werden bewilligt.

G. Wollmann, J. Schneider, Vorsitzender. Schriftführer.

**71. Vorstandssitzung vom 17. Juni 1908.**

Der mündliche Bericht des Vorsitzenden über Tettau wird zur Kenntnis genommen; beschlossen wird, ein Flugblatt über die Ursachen der Aussperrung zu verbreiten und die Porzellanarbeiter allerorts zu eifriger Geldsammlung für die Aussperrten zu veranlassen. Den neubegleiteten Mitgliedern soll nach Maßgabe der vorhandenen Mittel unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse, ein besonderer Zuschuß gewährt werden. Das Bureau wird beauftragt, eine Ausstellung für die erste Woche zu machen. — Ein Gesuch von Freienorla, die Unternehmung eines Nichtmitgliedes betreffend, wird abgelehnt. Der Zahlstelle Freienorla werden für besondere Zwecke während des Streiks 50 Mk. zur Verfügung gestellt. — Eine Zuschrift von Selbst soll entsprechend beantwortet werden. — Ferner wird beschlossen, die monatliche Arbeitslosen-Statistik bis auf Weiteres einzustellen; für Monat Mai sollen die Monatsberichte jedoch noch eingesandt werden. — Nachdem dem Redakteur die Beschlüsse der letzten Sitzung bekannt gegeben, beantragt derselbe die Aufhebung des Beschlusses, wonach der Drucker des Organes verpflichtet sein soll, dem Bureau von dem Inhalt der einzelnen Nummern vor der Drucklegung Kenntnis zu geben. Der Redakteur erklärt, nur die Abstimmung über seinen Antrag abzuwarten, an dem weiteren Verlauf der Sitzung sich jedoch nicht zu beteiligen und macht dem Gesamt-Vorstand den Vorwurf der Strickdreherei. Die Abstimmung über den Antrag Jahns ist auf dessen Antrag eine namentliche. Dafür stimmt Niemand. Dagegen: v. d. Aue, Graab, Korn, Herden, Hoppe, Schneider, Schröder, Schultke, Welzel, Wollmann, Jorges. Korn verwahrt sich und den Gesamt-Vorstand gegen den Vorwurf der Strickdreherei und betont, daß die unverlässliche und zweideutige Stellungnahme Jahns den letzten Beschluß erforderlich machten. Schneider beantragt, die Protokolle in Sachen Jahns zu veröffentlichen; in der Zahlstelle Moabit habe Jahn sich dahin ausgesprochen, Flugblätter auf seine Kosten an die Zahlstellen zu versenden. Anscheinend bemittelt Jahn, vor den Mitgliedern als den unschuldig verfolgten hinzustellen, und durch die Geheimhaltung der Protokolle würde der Verdacht in Mitgliederkreisen wachgerufen werden, daß der Vorstand ein besonderes Interesse an der Nichtveröffentlichung habe. Nachdem Jahn nicht einsehen könne, daß im Interesse des Ansehens der Organisation und nicht zum Segten im persönlichen Interesse Jahns es besser wäre, die Veröffentlichung unterbliebe, und Jahn diesen Umstand noch besonders zu benutzen sich bemüht, könne der Vorstand seine Bedenken nicht mehr aufrecht erhalten, so gerechtfertigt dieselben an sich auch sind. Wollmann betont demgegenüber, daß für den Vorstand kein Anlaß vorliege, seinen Beschluß aufzuheben, solange von Jahn nicht ein diesbezüglicher Antrag vorliege (den ich hierauf gestellt habe, Jahn), sei der Beschluß, bezüglich Nichtveröffentlichung der Protokolle auch weiter

für Jahn bindend. Wenn Jahn die öffentliche Meinung durch Flugblätter irrezuliten sucht, soll er es ruhig thun, es wäre dann immer noch Zeit genug, durch Veröffentlichung der Protokolle den tatsächlichen Sachverhalt der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Jahn braucht die Erregung in Mitgliederkreisen und suche sie, der Vorstand aber habe zu erwägen, ob es notwendig sei. Nachdem der Redakteur die Konsequenzen in seiner Art gezogen und näherliegende nicht gefunden hat, sei für den Vorstand die Sache erledigt. Schneider macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß der Redakteur es sich wohl gefallen ließe, wenn die Protokolle nicht veröffentlicht werden, aber dann in Mitgliederkreisen durch ein Flugblatt den Anschein zu erwecken suchte, daß andere, als prinzipielle Gründe den Vorstand vor der Veröffentlichung zurückschrecken ließen. Wollmann erklärt, die Unzuverlässigkeit Jahns doch wohl zu wenig in Betracht gezogen zu haben und zieht seinen Antrag zurück. Hierauf wird beschlossen, daß der Schriftsatz des Redakteurs „In eigener Sache“ in nächster Nummer der „Ameise“ zur Veröffentlichung gelangen soll nebst einigen Anmerkungen des Vorstandes, sowie die Protokolle in der Angelegenheit Jahns.

G. Wollmann, J. Schneider, Vorsitzender. Schriftführer.

**Aus unserem Berufe.**  
**Schwarze Listen.**

Die Porzellanfabrik Tettau, welche sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen hat, weil der größte Theil davon sich der Berufsorganisation angeschlossen, hat ein Rundschreiben an sämtliche Firmen der Branche erlassen, in welchem den Unternehmern die Ursachen der Aussperrung mitgeteilt und außerdem die Namen sämtlicher Verbandsmitglieder in Tettau. Eine Reihe von Mitgliedern haben zur besonderen Kennzeichnung theils ein Kreuz, theils mehrere vor ihren Namen gesetzt erhalten. Daß der Unternehmer in Tettau hierbei es mit der Wahrheit nicht besonders genau genommen, will ich nachstehend versuchen nachzuweisen. Dies Schreiben hat folgenden Inhalt:

Tettau Juni 1908.

Wir beehren uns hiermit ein Verzeichnis, derjenigen unserer Arbeiter, zu überreichen, welche uns gezwungen haben durch ihr Verhalten, den Betrieb einzustellen. Einführung 9 stündiger Arbeitszeit, Garantie eines Mindestwochenlohns von 30 Mk. in der Hauptabtheilung in der Fabrik. Anerkennung einer aus Arbeitern bestehenden Kommission für Festsetzung der Löhne etc. bildeten die Forderung der Leute, von deren Bewilligung die Weiterarbeit abhängig gemacht wurde. Als Vorwand für diese Aktion diente eine von uns vorgenommene Erhöhung einiger Farbpreise. Der hierdurch erzielte Mehrerlös der Farben betrug für die Lohnperiode vom 11. Mai bis 6. Juni dieses Jahres vier Mark und dreißig Pfennige. Die innerhalb derselben Zeit gezahlten Arbeitslöhne belaufen sich auf 20,000 Mk. Es handelt sich demnach um nichts anderes als eine Kraftprobe des Berliner Verbandes, der durch hier entsandte Agitatoren die Bewegung ins Werk setzte und leitete. Die angekreuzten Namen sind diejenigen der Hauptacture. Alle auf der Liste verzeichneten Personen gehören dem Berliner Verbands an.

Mit Hochachtung  
Porzellanfabrik Tettau  
vorm. Sonntag u. Söhne  
G. m. b. H.  
Dr. W. Birkner.

Es ist notwendig, die Ursachen der Differenzen noch einmal kurz zu rekapitulieren. Indem nach einer Reihe von Lohn-Reduktionen bei den Malern jetzt die Farbenpreise erhöht werden sollten, wurden die Maler

dieserhalb vorstellig. In Betracht zu ziehen ist, daß bei den bisherigen Akkordpreisen und Farbenpreisen die Verdienste der Maler bisher von 500-1000 Mk. jährlich schwankten. Daß auf den Verdienst von 1000 Mk. jährlich nur einige Auserlesene gekommen, braucht wohl nicht erst besonders erwähnt zu werden.

Die Erhöhung der Farbenpreise sollte betragen

violett	10 gr.	bisher	30 Pf.	sollte jetzt kosten	60 Pf.
schwarz	10 "	"	25 "	"	30 "
olivgrün	10 "	"	20 "	"	25 "
weiß	10 "	"	25 "	"	30 "
rosa	10 "	"	75 "	"	100 "
Büster	10 "	"	50 "	"	75 "

Daß unter diesen Umständen die Maler sich gegen eine weitere Lohnreduktion (oder soll die Erhöhung der Farbenpreise für die Maler etwas anderes sein?) zur Wehr setzen erscheint begreiflich. Das Malerpersonal hatte in einem Schreiben an die Betriebsleitung ersucht, die Erhöhung der Farbenpreise zurückzunehmen. Der Ton dieses Schreibens wurde selbst von dem Herrn Bezirksamtman nachträglich als sehr höflich bezeichnet. Als das erste Schreiben erfolglos blieb, wandten sich das Malerpersonal noch einmal, und zwar in bestimmterer Form an die Direktion. Nach diesem ebenfalls ergebnislos gebliebenen zweiten Versuch wandte sich die Zahlstelle an den Verbandsvorstand und ersuchte um dessen Vermittlung. Der erste nach Tettau in dieser Angelegenheit entsandte „Agitator“, der Verbandschriftführer beantragte in der Versammlung, daß beschlossen werden möge, die Zahlstelle wünscht im Interesse der Erhaltung des Friedens, daß die Betriebsleitung mit einer Kommission im Beisein des Vorstandsvorstellers in Unterhandlungen trete. Alles weitere, was geeignet erscheint, eine Schärfe in den Konflikt zu bringen, ist zu unterlassen. Es ist auch ausdrücklich betont worden, sofern der Unternehmer mit der Kommission ohne Vorstandsvorsteher verhandeln will, der Letztere auch damit einverstanden sei im Interesse des Friedens. Als beim Herrn Dr. Birkner vorgeschrieben wurde, ob er bereit sei, eine Kommission zu empfangen, erklärte dieser wörtlich: „In einer Viertelstunde werden sie die Antwort bekommen und in einer Viertelstunde wurden sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes gekündigt.“

So sieht die von den „Agitatoren“ des Berliner Verbandes ins Werk gesetzte Bewegung in Tettau aus. Die Forderungen, welche nachträglich aufgestellt wurden lauteten: 1. Abgabe der Farben zum alten Preis. 2. Regelung der Löhne der Fondsprüfer; für Fondsprüfer 9 stündige Arbeitszeit. 3. Anerkennung einer Preis-Kommission und Aushang eines Preis-Courants. 4. Zurücknahme der letzten Lohnreduktion. 5. Erhöhung der Preise für Wappenmalerei. Die Garantie eines Mindestwochenlohns von 30. Mk. ist nicht gefordert worden, es ist dies eine freie Erfindung des Herrn Dr. Birkner. Nicht um eine Kraftprobe des Berliner Verbandes handelt es sich in Tettau, sondern um eine Abwehr der dortigen Arbeiterschaft gegen die alles Maß übersteigende Ausbeutung der Arbeitskraft. Eines dürfte den Tettauer Porzellanarbeitern klar geworden sein durch die schwarzen Listen; der Dr. Birkner will nicht, daß diese Arbeiterschaft sich andern Unternehmern der Branche zur Verfügung stellt, er braucht sie selbst wieder. Nachdem die „Tettauer“ dieses wissen, sollen sie auch bedenken, daß es nunmehr erst recht Pflicht ist, auszuhalten.

Ueber die rechtliche Bedeutung der schwarzen Listen für die Arbeiterschaft an dieser Stelle zu sprechen, liegt nicht in meiner Absicht.

Dem Herrn Bezirksamtman von Teuschnitz, welcher veranlaßt hat, daß mehrere Gendarmen während der Aussperrung in Tettau stationiert sind, sei hiermit zu bedenken gegeben, ob die Arbeiter nicht nur das Gleiche thun, wenn sie den Zuzug von Tettau fernzuhalten suchen, als der Unternehmer, welcher durch schwarze Listen es jedem Einzelnen unmöglich machen will, anderweitig Arbeit zu erhalten. Es sei auch an dieser Stelle ausdrücklich ausgesprochen, daß kein unbetheiligter Dritter sich in den Kampf zwischen Kapital und Arbeit einzumischen hat. Dieser Kampf muß nun, nachdem er einmal entbrannt, auch zwischen den beiden Parteien ausgefochten werden.

Joh. Schneider.

— **Berlin II.** Es sind jetzt über 7 Jahre verflossen, seitdem die letzte Sperre über Berlin aufgehoben worden ist. Mit Zufriedenheit konnte damals konstatiert werden, daß auch nicht ein einziger Sperrebrecher zu verzeichnen sei. Die Beseitigung der Sperre war nun allerdings weder ein Merkmal dessen, daß alles Erstrebenswerthe erreicht sei; auch nicht die Aufhebung des Ringes um bessere Arbeitsverhältnisse, sondern von diesem Zeitpunkt an machten es sich die hiesigen Verbandsgenossen erst recht zur ganz besonderen Pflicht, für Hebung ihrer Lage stets einzutreten. Selbst die Zeit der Krise machte hieran keine Ausnahme. Vorwiegend befolgten wir die Taktik des Einzelkampfes, d. h., die einzelnen Werkstuben für sich stellten nach Rücksprache mit der Lohnkommission ihre Forderungen oder schlugen unberechtigte Angriffe ab.

Begebnisse neueren Datums lassen nun allerdings die Möglichkeit zu, daß auch die Berliner Verbandsgenossen wieder einmal zu einer Gesamttaktion gezwungen werden könnten. Ganz besondere Vorsicht erheischen vor allen Dingen Vorkommnisse innerhalb des Absatzgebietes der hiesigen Porzellanmalereien: Die Versuche der Firma Heim, durch äußerst günstige Angebote an die Händler, die Kleinmeister an die Wand zu drücken. Die Spottpreise des neubadenen Malereihabers Henseler, welche die Vermuthung zulassen, daß derselbe viel Geld zuzusetzen hat. Die, durch diese Verhältnisse veranlaßte und sich schon bemerkbar machende, noch intensivere Konkurrenz der Malereibesitzer unter sich, lassen darauf schließen, daß, wie ja stets in solchen Fällen, der Arbeiter das Manko der Geschäftseinnahme wird tragen sollen. Dem Wüten der Konkurrenz innerhalb des Kreises der Meister stehen wir passiv gegenüber, da es nicht unsere Aufgabe sein kann die Interessen der Malereibesitzer zu vertreten. Etwaige Versuche der Meister, die Löhne zu drücken, würde uns jedoch sofort aus unserer Passivität herausbringen und dürften die Herren dann die Erfahrung machen, daß die hiesigen Kollegen besser denn jemals organisiert sind.

Sowenig als in den letzten Jahren, möchten wir jetzt Kollegen hindern hier in Arbeit zu treten. Der Zuzug jedes Verbandsgenossen ist gestattet. Allerdings nur unter den, von der letzten Generalversammlung festgesetzten und von uns erst wieder in Nr. 18 der Ameise veröffentlichten Bedingungen. Hat ein Berufsgenosse in unserer Mitte Arbeit genommen, so fühlen wir uns stark genug, event. Seitensprünge desselben verhindern zu können. Recht und billig ist es wohl aber auch, wenn wir unseren Genossen Aufschluß geben über das hiesige Arbeitsverhältnis an und für sich.

Da für auswärtige Kollegen angesichts der Verschiedenartigkeit der Galanterie- und Glasartikel, des immer nur kurze Zeit währenden flotten Geschäftsganges in dieser

Branche, des steten Verlangens der Meister nach nur eingearbeiteten Kräften ein Uebergehen in dieses Fach momentan ausgeschlossen ist, käme nur die Arbeit in Porzellan in Frage.

Vor Jahren existierten hieselbst noch 60—70 Porzellanmalereien. Jetzt kommt kaum noch der zehnte Theil in Betracht. Vorwiegend ist es Hotelgeschirr, welches angefertigt wird. Die Verschiedenartigkeit der Artikel, die verlangte Sauberkeit der Arbeit sowie die Schnelligkeit womit gearbeitet werden muß, damit der Maler soviel verdient um sich auch in der langen arbeitslosen Zeit über Wasser halten zu können, bedingen, daß nur ganz tüchtige Kräfte in dieser Branche sich hier zu halten im Stande sind. Erwähnen möchten wir hier gleich mit, daß in diesem Fache sich jetzt erst die Folgen der Krise geltend machen, indem die seit langem unter dem schlechten Geschäftsgange leidenden Gastwirthe jede Bestellungen unterlassen und vielleicht auch in diesem Jahre unterlassen werden.

Dasselbe, was für das Fach der Hotelgeschirre gilt, kommt auch in allen anderen Arten der Porzellanmalerei zur Geltung. Wir wissen ganz genau, daß auch draußen von unseren Kollegen viel verlangt wird, aber bei den hiesigen Malereihabern grenzen die verschiedenen Ansichten über schön und häßlich doch oft an das Lächerliche. Ein ganz nebensächliches Blümchen einen Schatten anders gemalt als das Muster, verstoßt gegen den individuellen Geschmack des Meisters. Inwieweit diese individuelle Geschmacksrichtung sich im Arbeitsverhältnis bemerkbar macht, beweist, daß eine hiesige Malerei seit Jahren, trotz sehr oft vorgenommenen Suchens nach Malern und Engagement von solchen, diese immer wieder gehen ließ und bis dato den Richtigen noch nicht gefunden zu haben glaubt.

Die Hochkonjunktur für Schrift, also Grabbibeln zc. ist mit dem Pfingstfeste dahin, bleiben also nur noch die Ramschartikel. Hierzu brauchen wir nur erwähnen, daß die hiesigen Händler, welche die Kundschaft unserer Meister bilden, mit den Warenhäusern konkurrieren müssen. Wertheim bezieht unseres Wissens nach viel Geschirr aus Triptis. Während die Warenhäuser nun gleich große Posten bestellen, tragen die Händler unseren Meistern das Geschirr zum Bemalen im Taschentuche zu. Einleuchtend dürfte es nun sein, daß die in solchen Detailmalereien thätigen Kollegen bedeutend schlechter gestellt sind als die zu gleichhohen Preisen arbeitenden Kollegen von Fabriken. So die Verhältnisse in Berlin.

Auf unsere eigene Kraft vertrauend, stets schlagfertig und bereit, jeden Hieb zu parieren, soll es uns trotzdem angenehm sein, wenn die Berufsgenossen Deutschlands sowohl als Oesterreichs in ihren Kreisen für Aufklärung über die hiesigen Verhältnisse sorgen. Aber ebensogut soll uns jeder zuziehende Kollege, sofern er gewillt ist, den von uns gestellten Anforderungen zu entsprechen, willkommen sein.

Die Zahlstellenverwaltung.

### Versammlungskalender.

- Möhlen.** Sonnabend, 27. Juni, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.
- Altwasser.** Sonnabend, den 27. Juni, Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Zahlreiches Erscheinen nothwendig. Bibliothekbücher sind abzuliefern.
- Berlin II.** Verwaltungsausschuss. Montag, den 29. Juni 8 1/2 Uhr bei Wollschläger. Zahlabend und Bibliothekausgabe am Sonnabend, den 27. Juni bei Wollschläger, Albalberstr. 21.
- Grünstadt.** Sonnabend, 27. Juni Abends 8 1/2 Uhr bei Schlichting. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen nothwendig.

**Aronach.** Sonntag, den 28. Juni, Nachm. 2 Uhr im „Goldenen Wagen“. Um vollzähliges Erscheinen wird dringend gebeten.

**Mürnberg.** Sonnabend, 27. Juni im Festsaal.

**Pforzheim.** Dienstag, 30. Juni, Abends 1/9 Uhr im „Stuttgarter Hof“. Quartalsabschluss. Alle erscheinen.

**Schönwald.** Sonnabend, 27. Juni, Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn F. Wegert. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

**Unterpörlitz.** Sonnabend, den 27. Juni, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.

**Unterweißbach.** Montag, den 29. Juni, Abends 8 Uhr im Lichtethale. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller ist dringend nothwendig; da ein Unterkassirer gewählt werden muß.

**Bohenstranz.** Sonnabend, den 27. Juni im Vereinslokal, Mühlhofscher Gasthof, Altenstadt. Vollzähliges Erscheinen nothwendig.

**Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w.** werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.  
**H. Haupt, Dresden-A.**  
Hammerstr. 12.

**Goldschmiedere,** goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.  
**Oskar Rottmann, Stadtilm, Th.**



So schnell schickt zu **S. Hammermüller** in Nieder-Planitz i. S. Zwickauer Str. 66.  
Werd ich bei jedem sein, der **GOLD** u. alle Abfälle

**Emil Böhme**  
Eisenberg S.-A.  
Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.  
Reelle und pünktliche Bedienung.  
Man verlange Prospekte. Aeltestes Geschäft dieser Art.

**Röppelsdorf.** Sonntag, den 28. Juni  
**Stiftungs-Fest.**  
Von Nachmittags 8 Uhr ab **Konzert** im Weber'schen Garten. Festrede, gehalten vom Landtagsabgeordneten Rud. Wächter aus Steinbach. Von Abends 8 Uhr ab **Ball.** Die hiesigen Mitglieder, sowie jene der umliegenden Zahlstellen werden zu diesem Arbeiterfeste freundlichst eingeladen.  
1,50 Die Verwaltung.

**Achtung!**  
Ersuche alle diejenigen Genossen, welche von mir in Klostervehra während der Zeit von September 1902 bis Januar 1903 Unterstützung bezogen haben, gleichviel welcher Art, mir nochmals eine Quittung darüber zuzusenden zu wollen, da mir sämmtliche Quittungen abhanden gekommen sind.  
**Wolf Wesp, Porzellanmaler i. Selb.**

**Esterwerda.** Die Kollegen, die gekommen sind, hier in Arbeit zu treten, werden im eigenen Interesse ersucht, sich vorher über hiesige Arbeitsverhältnisse bei der unterfertigten Zahlstelle zu erkundigen.  
Zahlstelle Esterwerda  
J. A. Paul Löpert, Schriftführer

Gerausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 1. Druck u. Verlag: Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.